

## Vorschläge des BUND zum Thema Klimaschutz in Braunschweig

Die vom BUND vorgeschlagenen Maßnahmen dienen zum einen der Verbesserung der innerstädtischen Luftgüte, zum anderen aber auch - angesichts der sich abzeichnenden Erderwärmung – als kommunaler Beitrag zur langfristigen Stabilisierung des Klimas. Alle Maßnahmen zusammen erhöhen den Wohnkomfort im innerstädtischen Bereich und werden Braunschweig zu einer der lebenswertesten Städte Deutschlands machen.

### 1) Verminderung und Regelung des innerstädtischen Kfz-Verkehrs

- a) Einführung einer Citymaut mit Anwohnerfreigabepaketten (dazu die Variante: Mit dem Kauf einer ÖPNV-Monatskarte wird der freie PKW-Zugang zur Umweltzone für den jeweiligen Monat erworben).
- b) Einrichtung einer Umweltzone mit Kfz-Plakettengebot
- c) Errichtung weiterer kostenloser Tagesparkplätze im Park-and-ride-System mit durchgängigem, preisgünstigem Buspendelverkehr im kurzen Zeittakt (ca. 10-15 Minuten)
- d) Geschwindigkeitsreduzierung (Tempo 30) innerhalb des vom OB vorgeschlagenen Gebietes und regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen.
- e) City-Logistik: Ein außerhalb der Umweltzone befindliches Logistikzentrum übernimmt die Warenverteilung an die Geschäfte in der Umweltzone mit umweltfreundlichen Kleintransportern.
- f) Erneute Installation von mindestens einer (besser 2) innerstädtischen Luftgütemessstation und zusätzliche, wiederholte mobile Messungen an kritischen Stellen zur Überprüfung der Wirksamkeit der Luftreinhaltemaßnahmen.

### 2) Förderung von ÖPNV und Fahrradverkehr

- a) Keine Ausdünnung, sondern eine Verdichtung des ÖPNV und Bereitstellung von ausreichenden finanziellen Mitteln.
- b) Weiterer Ausbau der Stadtbahnlinien, z. B. nach Rautheim/Mascherode.
- c) Dichter Einsatz von umweltfreundlich angetriebenen Kleinbussen auch innerhalb der Fußgängerzonen (erhöhte Akzeptanz des Park-and-ride-Systems, Verhinderung der Ausdünnung traditioneller Einkaufsstätten).
- d) Förderung der Mitarbeitertickets, Ausgabe dieser an alle städtischen Angestellten sowie vergünstigter Erwerb durch deren weitere Familienangehörige.
- e) Unfallversicherungsschutz auch für Fahrrad fahrende Schüler, die mehr als 2 km vom Schulort entfernt wohnen.
- f) Förderung des ÖPNV in Schulen durch z. B. ÖPNV-Rallye-Spiele (Vorlage beim BUND erhältlich), bei denen Schüler das verzweigte öffentliche Verkehrsnetz spielerisch praktisch erfahren.
- g) Erhalt und Ausbau des Radwegnetzes (z. B. Mittelstreifen der Jasperallee, Kastanienallee, Fallersleber Str.) und mehr Fahrradhaltespuren wie z. B. Kreuzung Jasperallee/Altewiekring.
- h) Mehr brauchbare Fahrradstellplätze (Anlehnständer).
- i) An den Park-and-ride-Plätzen abschließbare und überdachte Fahrradstellplätze.

### 3) Verminderung sonstiger Emissionen

- a) Ausstattung von Öffentlichen Bussen, städtischen Verkehrsmitteln und nichtstädtischen Kommunaldiensten mit emissionsarmen Antrieben (z. B. Wasserstoff- bzw. Erdgasantrieb).
- b) In der Umweltzone: Verbot von Feststofffeuerungsanlagen, die als Zusatzheizung dienen.
- c) Förderung des Anschlusses von dezentralen Blockheizkraftwerken, insbesondere in den Neubaugebieten, sowie Fernwärmeanschlusszwang in der Umweltzone, soweit technisch möglich.
- d) Bei Bebauungsplänen von Neubaugebieten sind Niedrigenergiehäuser vorzuschreiben.
- e) Energetische Sanierung aller städtischen Gebäude und Installation von thermischen Kollektoren und Photovoltaikanlagen.

4) **Weitere Klimaschutz- und Luftverbesserungsmaßnahmen**

- a) Wiederbelebung eines Fassaden- und Dachbegrünungsprogramms, insbesondere im innerstädtischen Bereich, sowie Förderung einer Innenhofbegrünung.
- b) Konsequente Ausstattung der Straßen durch möglichst großkronige Bäume.
- c) Zusätzliche Anlage von begrünten Inseln in innerstädtischen Baulücken und Freiflächen wie z. B. auf dem Gelände der abzureißenden bisherigen Öffentlichen Bücherei.
- d) Teilweise Umwandlung von öffentlichen Rasenflächen in extensiv zu pflegende artenreiche Kräuterwiesen.
- e) Erhalt der Grün- und Waldflächen auf dem Stadtgebiet, insbesondere des Querumer Forstes
- f) Wiedereinführung der Baumschutzsatzung.
- g) Erhalt und Ausbau der Frischluftschneisen. Dabei sollten besonders großvolumige Verriegelungsbebauungen (z. B. Volkswagenhalle) vermieden werden.

Braunschweig, Mai 2007

Kontakt:

Kristine Schmieding, Jürgen Dittmann

BUND Kg Braunschweig

Schunterstr. 17

38106 Braunschweig

Tel: 0531-15599

info@bund-bs.de